

Saale-Beitung.

werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Pfg. ...

Er scheint zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis

Im Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Jordan in Halle.

Mr. 83.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 18. Februar

1893.

Die Peripetie.

Im Drama nennt man den Zeitpunkt, in welchem der Umschwung beginnt und die Wendung sich vorbereitet, die Peripetie. Man kann heute sagen, daß auch in der langwierigen Verhandlung über die Militärvorlage endlich die Peripetie begonnen hat.

„Daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Freischußung des Gewehrmas als Dienstpflicht ausgenommen aufgenommen werden, während der Reichstag es sich vorbehalten, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Abänderung der Zeit zur Geltung zu bringen.“

Herr Lieber kam nicht bekümmert, daß diese Vorberingung etwa aufgezogen sei durch das Angehörigen der zweijährigen Dienstzeit, denn auch die zweijährige Dienstzeit ist in der letzten der Windthorst'schen Resolutionen gefordert worden. Was veranlaßt das Centrum, das noch im Jahre 1887 schließlich nicht über drei Jahre hinausgehen wollte, jetzt das Diktandum der Regierung geradezu entgegen zu bringen? Graf Caprivi hat über die Dauer der Dienstzeit überhaupt ziemlich wegschweigend geredet. Es konnte gar nicht darauf an, ob man die Präsenzpflicht auf sieben oder fünf oder drei Jahre bemitleide. Davon werde Sein oder Nichtsein der Armee gar nicht berührt. Wir wissen auch, daß schon vor Monaten gemeldet wurde, der Reichstagler werde bereit sein, auf die einjährige Dienstzeit einzugehen. Und daran thäte er vollkommen recht; denn was liegt daran, ob die Präsenzpflicht auf ein oder auf fünf Jahre geändert wird? Glaubt denn ein Mensch im Deutschen Reich, daß der Reichstag, der heute beispielsweise eine halbe Million Soldaten bewilligt, in Jahresfrist nur eine kleinere Präsenzpflicht genehmigen wird? Nach allen Erfahrungen des letzten Jahrzehntes wird der Reichstag immer froh sein, wenn die Regierung keine Erhöhung der Präsenzstärke fordert, oder nicht mindestens eine Erhöhung der Präsenzstärke fordert, es sei denn, daß die politische und militärische Verhältnisse einen vollständigen augenblicklichen Wandel erfordern haben, worauf für das neuzeitliche Jahrhundert schwerlich noch zu rechnen ist. Wir sind noch überzeugt, daß der Reichstagler sich die einjährige Dienstzeit so gut wie die daneben geistliche Befreiung der zweijährigen Dienstzeit als Bureaucratie für den letzten Augenblick vorbehalten habe. Unter diesen Umständen ist es ganz unverhältnißlich, wie Herr Dr. Lieber seinerzeit vorgetragen kam, die Präsenzstärke auf fünf Jahre zu bemitleiden.

Das Centrum geht damit offenbar über das hinaus, was der Regierung selbst als unerlässlich erscheint. Sollte man nun nicht auf die Vermutung kommen, ähnlich werde es schließlich mit der Höhe der Präsenzpflicht erfolgen? In den Streichen der ultramontanen Fraktion ist die Stimmung der Militärvorlage keineswegs unangenehm, und wenn trotz aller ergangenen Demenst eine Einmischung des Papstes in diese Angelegenheit nicht zu erwarten wäre, so ist nicht ein Augenblick zu zweifeln, daß die große Mehrheit des Centrums für die Militärvorlage stimmen werde. Der frühere italienische Ministerpräsident Crispi, ein Mann, der jedenfalls in der Diplomatie zu Hause ist, hat am Donnerstag auf Monte Civitico über die Sendung des Generals v. Vos an den Papst geredet und sie als Zeichen gebietet, daß die Berliner Regierung sich ebenfalls augenblicklich lebhafter um die Freundschaft der Kurie bewerde. Wenn diese Vermuthung unzutreffend ist, so kann nur bedauert werden, daß die Reichsregierung mit der Mission an Leo XIII. gerade den General v. Vos betraut hat. Sollte sie, wie in früheren Fällen, den höchsten Posten nach Rom geschickt, so hätte kein Mensch diese Sendung mit der Militärvorlage in Verbindung gebracht; denn Kaiser Wilhelm gehört der konservativen Partei an und ist, wiewohl Katholik, alles eher denn Vertrauensmann des Centrums. General v. Vos dagegen, der mit dem Grafen Ballestrem und dem Kardinal Kopp gleichzeitig in der Eisenbahnfrage weilte, gilt als frey katholisch, als Geringmüthiger des Centrums und sogar als Kandidat der liberalen Fraktion für den Kanzlerposten.

Freilich Rom dient nur, wer ihm dient. Wenn der Papst sich herbeiläßt, die Centrumsfraktion zur Annahme der Militärvorlage aufzufordern, wie er die französischen Monar-

chen zur Unterwerfung unter die Republik angehalten hat, so wird sich die Reichsregierung zur Zahlung eines Preises bereit finden müssen. Das war von Alters so. Wenn der Papst den Kaiser selbst, so mußte der Kaiser dem Papste den Steigbügel halten. Wir wünschen nicht, daß ähnliche Verhältnisse wiederkehren, und wir halten es in der That für eine Ironie auf alle Grundzüge des großen Deutschen Reiches, daß der römische Bischof sich in die inneren Verhältnisse des deutschen Volkes mischen dürfte. Sollte etwa geplant werden, den Dank für die Annahme der Militärvorlage durch die Aufhebung des Jesuitengesetzes abzutragen, so würde sich in weiten Kreisen des Vaterlandes ein Sturm gegen die Regierung erheben, dem sie sicher nicht widerstehen könnte. Infolgedessen bleibt die Forderung berechtigt, daß die Militärverwaltung eher ihre Forderungen herabstimme als sie nur mit Hilfe des Centrums annehmen lasse. Denn noch sind die Reden von der Münzer Verjüngung nicht vergessen, noch weiß man, wie sich das Centrum als „Leibgarde des Papstes“ bezeichnet, noch ist der Ruf nicht verklungen: „Katholik ist Trumpf!“ Die Peripetie hat begonnen, das Centrum löst bereits eine Schwänzung erkennen. Inzwischen bleibt einwirkend abzuwarten, wie sich der letzte Akt gestaltet; denn davon schließlich hängt es ab, ob man mit einer Tragödie oder einer Komödie zu thun hat.

Deutsches Reich.

Berlin, 17. Febr. Wie aus Wittenbergsche dem gemeldet wird, ist E. M. der Kaiser auf dem Königsplatz „König Wilhelm“ um 5 Uhr von seiner Ausfahrt in der Richtung nach Potsdam nach Berlin beurlaubt worden und begibt sich um 8 Uhr abends nach dem Kasino. Der Kaiser gedankt sich morgen vormittag in Wilhelmshagen zu bleiben und sich um 10 Uhr 50 Min. nach Döberitz zum Besuch bei dem Großherzog und der Großherzogin zu begeben. In Döberitz wird der Kaiser mittags 12 Uhr eintrifft und bis nachmittags 2 Uhr bleiben. Hierauf erfolgt die Abreise nach Bremen mit Sonderzug und von dort um 3 Uhr 28 Min. die Weiterreise über Lützen und Stendal nach Berlin. Die Ankunft in Berlin dürfte morgen abend 9 1/2 Uhr zu erwarten sein. — Die Kaiserin ertheilte gestern nachmittag eine Anzahl Befehle und empfing hinter den Besuch der Prinzessin Heinrich und der Prinzessin Alix von Hessen. — Die Prinzessin Elisabeth hat sich gegeben von den zur Zeit hier anwesenden Herrschaften wieder verabschiedet und am Abend um 11 1/2 Uhr Berlin verlassen, um nach Kiel zurückzufahren. — Die Prinzessin Friedrich Leopold hat gestern nachmittag nach Berlin beurlaubt wurde. In dem Reichstagler wird heute mit dem 7 Uhr-Zug wieder nach Jagdschlößchen abfahren. Heute findet daselbst beim Prinzen und bei der Prinzessin Friedrich Leopold ein großes Musikfest. — Der Großherzog von Hessen und die Prinzessin Alix von Hessen, welche durch die letzten Ereignisse in dem Reichstagler die Bewilligungsgesetzgebung in Berlin zurückgehalten worden waren, sind heute mittag nach Darmstadt zurückgekehrt.

Berlin, 17. Febr. (Eria-Ver.) Dem durch Ueberzahl der Stimmen heute erzwungenen Siege der Agrarier im Abgeordnetenhaus folgte heute eine schwere moralische Niederlage am Abend Ende der Reichstagler. Die Agrarier mögen sich wohl heute an den Kopf fassen und wehklagen rufen: „Was haben wir gethan!“ Müdigkeit zu machen ist nun einmal die infanterische Bewegung, der „entsehlte Sturm“ nicht mehr. Fast scheinen die Führer selbst an ihrer Fähigkeit zu zweifeln, die beschworenen Weiler wieder bannen zu können. Und die hieraus erwachende Gefahr scheint ihnen durch die heutige eindringliche Rede des Reichstaglers recht klar zum Bewußtsein gekommen zu sein. Das heutige Auftreten des Reichstaglers kam dem gesammten Hause sehr unerwartet; dagegen saßen die gut gebildeten Diplomaten von der Wächter des Reichstaglers heute zu sprechen und der künstlich hervorgerufenen Agardarbeit den Lebensfaden abguschneiden, besser unterrichtet. Der Reichstagler lebt wohl auch, wie die ihm persönlich nachstehenden freistimmigen Abgeordneten Ritter und Alexander Neuer, der Ueberzeugung, daß die treibende Kraft der ganzen agrarischen Bewegung im Sachverhalte zu suchen sei; mehr als einmal wies die Spitze der Ausführungen des Reichstaglers nach Friedrichsdorf hin. Graf Caprivi sieht indessen wohl ein wenig zu schwarz, wenn er die Bewegung direkt gegen sich gerichtet wähnt, um seinen Sturz herbeizuführen. Aber der Gedanke an einen etwaigen erzwungenen Rücktritt liegt in dem Reichstagler eine solche elastische Stimmung aufgenommen, daß er von Amtsmäßigkeit sprach, er, der gerade noch vor Wächter des Oesterreich-Ungarischen Bundesvertrages dem Reichstag gegenüber verteidigt: er habe sich niemals so schamlos zurückgezogen, wie er in dem Reichstagler für die Bundesverträge und heute, die heute er verdient. „Reich die Ueberzeugung hatte, daß ich Deutschland nach innen und außen nicht mehr genügend vertreten könnte, so würde heute Stunde vergehen, bis ich mein Aufbegehren eingekippt hätte. Die Würde des Amtes, das mir auferlegt ist, ist so schwer, daß ich den Tag, wo man sie mir wieder abnimmt, segnen werde!“ Jedoch werde ich nicht zurücktreten, sondern in altpreussischer Weise ausharren und mich mitwillen, sondern um des Staates und des Reiches willen.“ — Trotz dieser letzten Versicherung wird es, daß sich nur wider, nicht an Auslegungen des ersten Theiles des eben citirten Satzes sehen, welche eine Stanzlerkritik an den politischen Horizont man. Aus diesem Grund hätten wir dem Reichstagler eine größere Selbstbeherrschung zur Wiederherstellung seiner elastischen Stimmung gewünscht. Hat die Konventionen drängen, wie schon erwähnt, die einträglichen Meinungen des Reichstaglers doch eine festgesetzte Stellung hervor, so daß möglicherweise eine Verständigung zwischen ihnen und der Regierung zu Stande kommt. Wenigstens bläht die Reichstagler schon in ihrem heutigen Abendblatt für eine solche Ver-

fassung, und unrichtig, nachdem sie die Dispositionsfähigkeit der Freistimmigen und Konservativen beleuchtet hat, die letzteren mit folgenden Sätzen abzuheben:

„Die konservativ Partei würde ihre besten Konditionen aufgeben und sich selbst verlegen, wenn sie nicht aus dem jetzigen Gährungsprozess den Grund von Abhilfe, die Rücksicht auf das Ganze Allem voranzusetzen, unterstützt zurückbringen möchte, durch den sie in so beträchtlicher Weise dem beigetragen hat, dem monarchischen Gedanken in Preußen und Deutschland zu dem Siege zu verhelfen, der die wesentlichste Bürgschaft unserer gedehlichen Entwicklung bildet.“

Diese Ummittelbarkeit der Konfessionen kommt zur captatio benevolentiae für den morgigen Tag des „Bundes“ ein wenig hat, unmittelbar wird sie auf manchen feindlichen Grund nicht ohne Eindruck bleiben.

Die Steuermasse aus den Zöllen und Verbrauchsteuerern ist in der Zeit vom 1. April 1892 bis Ende Januar d. J. im Vergleich zu der Einnahme in der gleichen Zeit des Vorjahres um fast 15 Mill. M. zurückgegangen. Der Ausfall bei den Zöllen beträgt 9,975,927 M., bei der Tabaksteuer 528,680 M., bei der Verbrauchsteuer vom Zucker 2,569,981 M. (diesem Ausfall, der trotz des am 1. August 1892 in Kraft getretenen neuen Zuckervertrages eingetreten ist, folgt eine Mehreinnahme bei der Zuckermaterialeinnahme von 3,67,661 M. gegenüber, so daß die Einnahme aus der Versteuerung des Zuckers im Ganzen eine Mehreinnahme von 1,2 Mill. M. ergibt), bei der Salzsteuer 173,481 M., bei der Verbrauchsteuer von Braumwein 6,515,214 M. (diesem Ausfall folgt eine Mehreinnahme aus der Weichhölz- und Produktmaterialeinnahme von 820,187 M. gegenüber). Nur die Brausteuer hat eine kleine Mehreinnahme von 181,490 M. ergeben. Ferner hat der Spielartenfennel eine Mehreinnahme von 4,742 M. gebracht. Dagegen ergibt sich bei der Verbrauchsteuer eine Mindereinnahme von 218,920 M., bei der Stempelsteuer für Wertpapiere von 1,426,852 M., bei der Stempelsteuer für Kauf- und sonstige Anschaffungsgegenstände von 1,990,297 M. Die Stempelsteuer von den Loosen zu Privatlotterien hat ein Mehr von 232,890 M. zu Staatslotterien von 271,116 M. erbracht. Die Stempelsteuer von Werth- und sonstigen Anschaffungsgegenständen, deren Verbelegung eine Mehreinnahme von 12 Mill. M. zur Deckung der Ausgaben der Militärvorlage bringen soll, hat vom 1. April 1892 bis Ende Januar 1893 nur 7,425,043 M. ergeben.

In der am Donnerstag unter Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssekretärs des Innern Dr. von Voeltcker abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrathe wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten, über zwei Eingaben militärpensionsberechtigter Civilbeamter wegen Erhöhung der ihnen zugewilligten Bezüge, über das Gehalt eines russischen Arztes, bez. Anstellung zur ärztlichen Prüfung, ferner über eine Eingabe wegen angeblicher Rechtsverweigerung Bescheid gefaßt. Mit den beantragten Abänderungen des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungsstellen für Preußen, des Zollverwaltungsstellen-Etats für Mecklenburg-Schwerin und des Salzsteuer-Verwaltungsstellen-Etats für Sachsen-Weimar erklärte die Verammlung einverstanden. Mehrere Vorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen.

Herr Vopelius hat am Donnerstag im Abgeordnetenhaus die Behandlung des Reichstaglers bestritten, daß der Ober-Rechts-Rath Huber, der er gleichzeitig zu einem Reichs-Rath-Kandidat seit 1872 bei allen Bundesvertrags-Verhandlungen regelmäßig mitgewirkt habe. Der Reichstagler stellt dem gegenüber heute aufmerksam folgendes fest:

Der Geheim Rath von Huber ist im Jahre 1872 in den Reichsdienst eingetreten und hat seit jenem Jahre unter den Ministern Delbrück, von Hofmann und von Voeltcker mit Wissen des früheren und des jetzigen Reichsstaatskanzlers die handlungsleitenden Angelegenheiten, soweit dabei die Verwaltung des Innern betheilt war, stets in gleicher Weise und in demselben Umfange bearbeitet. Von den ersten vertragsmäßigen Annahmen, die seit jenem Eintritt in den Reichsdienst getroffen wurden, den Verträge mit Rumänien und den Vereinbarungen mit Italien und Oesterreich-Ungarn im Jahre 1877 bis zu den Handelsverträgen des vorigen Jahres, während welcher Zeit mit mehr als zwanzig Ländern Bundesverträge entweder neu abgeschlossen oder erneuert worden sind, ist der Geheim Rath von Huber als handelspolitischer Referent der Verwaltung des Innern thätig gewesen und hat als solcher bei allen Verhandlungen und Verträgen von 1879, lediglich durch seine Kenntnisse befristet und handelspolitisch-mitwirkenden Ausnahmen (Wohlthätigkeit 1875, Havant 1879, Wladivostok 1883, Türkei und Marokko 1890) abgesehen, regelmäßig mitgewirkt.

Die „Kreuz-Ztg.“ zieht aus den Verhandlungen der Militär-Kommission über die Formulierung der zweijährigen Dienstzeit den Schluß, daß sich im weiteren Verlaufe der Konventions-Verhandlungen für irgend eine Form der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, allerdings ohne Mitwirkung der Konfessionen, eine Mehrheit zusammenfinden wird.“ Das genügt.

Dem Bericht der Anleihekommmission für das Jahr 1892, welche bis zum Ende des Jahres 40,7 Mill. M. zum Anlaufe eines Anlehs von 61,952 Millionen veranlaßt hat, entnehmen wir über die Entlohnung des Anleihekommiswerkes folgende Daten:

Bis Ende 1892 waren auf 1143 planmäßig ausbezahlten Bezügen (mit einem Voral von 20,178 Sektoren um Anrechnung vertheilt von 13,387,949 M.) 1143 Bezüge festgesetzt gemacht. Davon waren aus Bezügen 465, aus dem übrigen Deutschland 680, außerhalb Deutschlands 62. Gesamtzahl sind 1036, fatholische 110.

